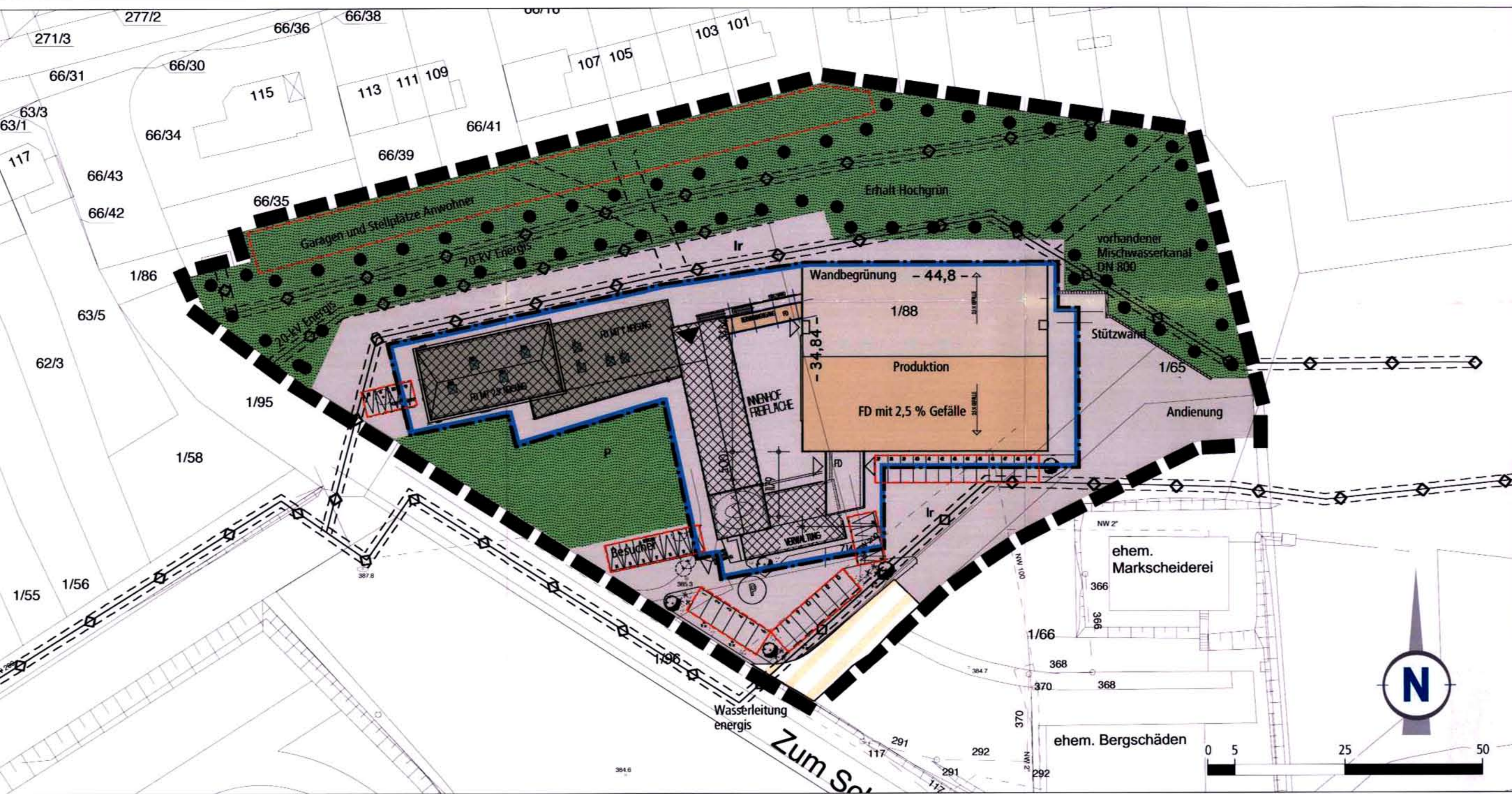


# TEIL A: PLANZEICHNUNG



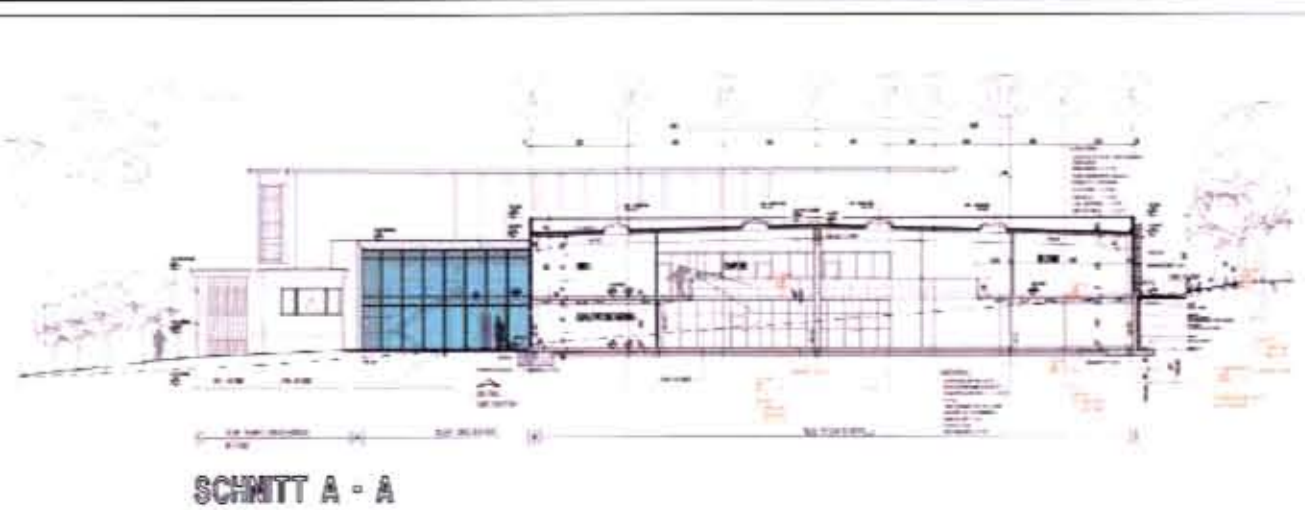
## PLANZEICHENERLÄUTERUNG (NACH BAUGB IN VERBINDUNG MIT BAUNVO UND PLANZV 1990)

	GELTUNGSBEREICH (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BAUGB)
	NANOTECHNOLOGISCHER BETRIEB (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BAUGB UND BAUNVO)
	BAUGRENZE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BAUGB I. S. 23 Abs. 1 BAUNVO)
	FLÄCHEN FÜR STELLPLATZ (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BAUGB)
	VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BAUGB)
	PRIVATE GRÜNFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BAUGB)
	VER- UND ENTSORGUNGSLEITUNGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BAUGB) 20-KV ENERGIE
	VER- UND ENTSORGUNGSLEITUNGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BAUGB) REGENWASSERKANAL DN 800
	FLÄCHEN MIT LEITUNGSRECHT ZUGUNSTEN DER VER- UND ENTSORGUNGSTRÄGER (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BAUGB)
	FLÄCHEN MIT BINDUNGEN FÜR BEPFLANZUNGEN UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHER UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BAUGB)
	BEZUGSPUNKT HÖHE

## ANSICHTEN



## SCHNITT A-A



## TEIL B: TEXTTEIL

### FESTSETZUNGEN GEM. § 9 BAUGB I.V.M. BAUNVO

#### 1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG

1.1 zulässig sind:

- Nanotechnologische Betriebe, die das Wohnen nicht wesentlich stören  
hierzu gehören: Forschung, Entwicklung, Dienstleistung und Produktion
- Geschäfts- und Büroräume und -gebäude, Räume für Dienstleistungen und Verwaltung, Labor und Produktionsräume und -gebäude
- Alle zum Betrieb des nanotechnologischen Betriebes erforderlichen Nebenanlagen, Funktionsräume, Zugänge, Stellplätze, Zufahrten
- Werbeanlagen

- Nanobetriebe, die das Wohnen wesentlich stören,
- Nanobetrieben, die der Störfallverordnung unterliegen
- Nanobetriebe, die gem. 4. BImSchG genehmigungsbedürftig sind
- Nanobetriebe, die der Seveso-Richtlinie unterliegen
- Nanobetriebe, die die festgesetzten Lärmwerte überschreiten
- Nanobetriebe, die folgende Emissionen aufweisen:

Durch alle zulässigen Nutzungen sind folgende immissionswirksame flächenbezogene Schalleistungspegel (in dB(A)) einzuhalten:

tagsüber: 60 dB(A)/qm, nachts: 37 dB(A)/qm

Nanotechnologische Betriebe sind dann zulässig, sofern die von ihnen abgestrahlten Schallemissionen die festgesetzten immissionswirksamen, flächenbezogenen Schalleistungspegel (IFSP) nicht überschreiten. Der IFSP gibt die zulässige immissionswirksame Schallabstrahlung pro Quadratmeter der festgesetzten Fläche an.

Diese Anforderung ist auch dann erfüllt, wenn der Beurteilungspegel (Lr) der Betriebsgeräusche der Anlage bzw. des Betriebs das dem Betriebsgrundstück zugeordnete Immissionskontingent (IKzulässig) an den maßgeblichen Immissionsarten nicht überschreitet, d.h. Lr <= IK zulässig

Dabei gilt:  
IKzulässig: Ausgehend von dem IFSP für das Betriebsgrundstück berechnet sich das zulässige Immissionskontingent an den maßgeblichen Immissionsarten entsprechend den Vorschriften der ISO 9613-2 „Dämpfung des Schalls bei der Ausbreitung im Freien, Teil 2: Allgemeines Berechnungsverfahren“ vom Oktober 1999 jedoch ohne Berücksichtigung der Dämpfung aufgrund von Luftabsorption, Abschirmung und Bewuchs sowie des Bodeneffekts. Auch die Meteorologische Korrektur wird nicht in Ansatz gebracht.

Lr: Beurteilungspegel der Betriebsgeräusche der Anlage oder des Betriebs entsprechend den Vorschriften der „Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm)“ vom 26. August 1998 unter Berücksichtigung der ISO 9613-2. Hierbei sind die tatsächlichen Verhältnisse zum Zeitpunkt der Genehmigung zu berücksichtigen.

Zur Einhaltung der oben festgesetzten Werte ist gemäß Gutachten folgendes zu beachten:

- Verminderung der Geräuschemissionen der vorhandenen Geräuschquellen im Außenbereich auf die in Abschnitt 6.3.1 aufgeführten Werte mit Hilfe von entsprechend dimensionierten Schalldämpfern
- Einhaltung der für mögliche weitere Außenquellen festgelegten Schalleistungspegel entsprechend Abschnitt 6.3.2
- Einhaltung der in Abschnitt 6.2 angegebenen Schalldämm-Maße für die Außenbauteile der Produktionshalle, insbesondere:

#### 2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

GEM. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BAUGB

2.1 überbaubare Grundfläche

2.2 Höhe baulicher Anlagen

#### 3. BAUWEISE

GEM. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BAUGB

#### 4. ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN

GEM. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BAUGB

#### 5. FLÄCHEN FÜR STELLPLATZ UND GARAGEN

GEM. § 9 Abs. 1 Nr. 4 BAUGB

#### 6. VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG

GEM. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BAUGB

#### 7. FÜHRUNG VON VERSORGUNGSLEITUNGEN

GEM. § 9 Abs. 1 Nr. 13 BAUGB

#### 8. PRIVATE GRÜNFLÄCHEN

GEM. § 9 Abs. 1 Nr. 15 BAUGB

- Verwendung einer Wandkonstruktion mit einem Schalldämm-Maß von R'w >= 40 dB für die Nordfassade sowie die angrenzenden Bereich der Ost- und Westfassade
- Einbau eines Sektionaltores mit einem Schalldämm-Maß von 25 dB in die Westfassade, sofern im Technikraum im 1.OG ein Innenpegel von 75 dB(A) zu erwarten ist; bei Innenpegel bis 70 dB(A) ist ein Schalldämm-Maß von 21 dB ausreichend
- Kein Produktionsbetrieb während der Nacht
- Alle Fenster, Türen, Tore und Lichtkuppeln werden nachts geschlossen gehalten
- Kein Pkw- und Lkw-Verkehr während der Nacht (gem. Gutachten TÜV)

siehe Plan, eine Versiegelung von max. 7300 m² ist zulässig

siehe Plan  
Gebäudehöhe gem. § 18 BauNVO  
die maximal zulässige Gebäudehöhe wird wie folgt festgesetzt, jeweils bezogen auf den im Plan gekennzeichneten Bezugspunkt:  
Oberer Bezugspunkt: DK FF EG ehemalige Berufsschule  
Bereich Produktionshalle 5,0 m  
Von diesen Höhenbegrenzungen ausgenommen sind alle nachgeordneten Anlagen und Betriebsvorrichtungen, die zur Aufrechterhaltung der Nutzung notwendig sind

siehe Plan, hier:  
abweichende Bauweise gem. § 22 Abs. 4 BauNVO, eine Gebäudehöhe von 50 m darf überschritten werden, der seitliche Grenzabstand muss nicht zwingend eingehalten werden.

siehe Plan,  
hier: Baugrenzen gem. § 23 Abs. 1 und 3 BauNVO.  
Ein Vortreten von Gebäudeteilen bis max. 1,5 Meter kann ausnahmsweise zugelassen werden.

Überdachte Stellplätze (Carports) und nicht überdachte Stellplätze sowie Zufahrten, Fußwege und Feuerwehrrahlfahrten sind im gesamten Plangebiet innerhalb und außerhalb der überbaubaren Flächen sowie in den dafür festgesetzten Flächen zulässig.

Nebenanlagen, die der Versorgung der Gebäude mit Elektrizität, Gas, Wärme, Wasser und Fernwärme sowie zur Ableitung von Abwasser dienen, sind innerhalb und außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig, ebenso Werbeanlagen bis zu einer Höhe von max. 10 m.

siehe Plan  
hier: Anbindung des Betriebsgeländes an die Straße  
„Zum Schacht“, Breite 8 m

siehe Plan,  
hier: Wasserleitungen der energiegmbH  
20-KV-Mittelspannungskabel der energiegmbH

Die im Gebiet anfallenden Abwässer sind getrennt abzuheben. Das Schmutzwasser wird über ein neu zu erstellendes Schmutzwasserkanalsystem zum östlich des Geltungsbereiches angrenzenden EVS-Hauptsammler geleitet und von dort in die Kläranlage Quierschied geführt.

siehe Plan,  
Anpflanzungen auf den Grünflächen haben gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BAUGB zu erfolgen. Innerhalb der Grünflächen sind An-

#### 9. MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT

GEM. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BAUGB

#### 10. LEITUNGSRECHT ZUGUNSTEN DER VER- UND ENTSORGUNGSTRÄGER

GEM. § 9 Abs. 1 Nr. 21 BAUGB

#### 11. FLÄCHEN ZUM ERHALT VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN

GEM. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a UND b BAUGB

Die nördliche Wand der Produktionshalle wird intensiv mit Efeu eingegrünt.

Das im Plan gekennzeichnete Dach wird extensiv begrünt.

Alle neu anzulegenden Stellplätze und Parkplätze im Plangebiet sind, sofern andere Rechtsvorschriften dem nicht entgegenstehen und soweit dies mit der vorgesehenen Nutzung vereinbar ist, aus Gründen der Grundwasserbildung mit Schotterrasen, Rasengittersteinen oder wasserdurchlässigem Pflaster zu befestigen.

siehe Plan,  
hier: Leitungsrecht  
zugunsten der Energis (Wasserleitung) und der Gemeinde Quierschied (Sammler). Die Zugänglichkeit ist zu gewährleisten. Bauliche Maßnahmen oder Veränderungen müssen im Vorfeld mit den jeweiligen Leitungsträgern abgestimmt werden.

siehe Plan,  
die vorhandenen festgesetzten Hochgrünflächen zwischen Projekt und Wohnbau sind auf Dauer zu erhalten. Für alle Pflanzungen sind nur standortgerechte Bäume und Sträucher zu verwenden. Eine Auswahl geeigneter standortgerechter Gehölze stellen die im Folgenden aufgeführten Listen beispielhaft dar:

**Pflanzliste Stellplatzzeigungung**  
Berg-Ahorn (Acer pseudoplatanus)  
Spitz-Ahorn (Acer platanoides)  
Säulenförmiger Spitz-Ahorn (Acer platanoides 'Columnare')  
Gefüllblühende Rosskastanie (Aesculus hippocastaneum 'Baumannii')  
Blutroter Hartriegel (Cornus sanguinea)  
Hasel (Corylus avellana)  
Eingriffeliger Weißdorn (Crataegus monogyna)

**Bepflanzung Grünflächen**  
Berg-Ahorn (Acer pseudoplatanus)  
Spitz-Ahorn (Acer platanoides)  
Feld-Ahorn (Acer campestris)  
Stiel-Eiche (Quercus robur)  
Vogel-Kirsche (Prunus avium)  
Winter-Linde (Tilia cordata)  
Sommer-Linde (Tilia platyphyllos)  
Schwarzer Holunder (Sambucus nigra)  
Gemeiner Schneeball (Viburnum opulus)  
Hainbuche (Carpinus betulus)  
Pflaflenhütchen (Euonymus europaeus)  
Roter Hartriegel (Cornus sanguinea)

**Pflanzenmaterial und -qualität**  
Zur schnellen Wirksamkeit der Ausgleichspflanzungen werden folgende Mindest-Qualitätsstandards an die Pflanzungen gestellt:

- Hochstämme (2xv, StU 12-14 cm)
- Sträucher (2xv, 100-125 cm)

Erfolgte Anpflanzungen unterliegen der Bindung für die Erhaltung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BAUGB.

## GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:

- das Baugesetzbuch (BauGB), in der Bekanntmachung vom 27.8.1997 (BGBl. I S. 2141, ber. 1998 I S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Anpassung des Baugesetzbuches an EU-Richtlinien vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1359)
- die Baunutzungsverordnung (BaunVO) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zul. geänd. durch Art. 3 des IWG vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466),
- die 5. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Plangebietes - Planzeichenverordnung (PlanZV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58, BGBl. III 213-1-6)
- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Saarland (SaarLVUPG) vom 30.10.2002 (Amtsblatt des Saarlandes, S.2494)
- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Anpassung des Baugesetzbuches an EU-Richtlinien vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1359, 1380)
- die Bauordnung (LBO) für das Saarland vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes 18/2004, S. 822)
- der § 12 des Kommunal Selbstverwaltungsgesetzes des Saarlandes (KSVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 1532 vom 08. Oktober 2003 (Amtsbl. 2004, S. 594)
- das Saarländische Landesplanungsgesetz (SLPG) vom 12.06.2002 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1506),

- das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.03.2002 (BGBl. I S. 1193), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes zur Anpassung des Baugesetzbuches an EU-Richtlinien vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1359, 1381)
- das Gesetz über den Schutz der Natur und Pflege der Landschaft (Saarländisches Naturschutzgesetz - SNG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1993, Amtsbl. S. 346, zuletzt geändert am 23.6.2004, Amtsbl. S. 1550 laut offizieller Seite MfU: in der Fassung vom 19. März 1993 (Amtsbl. S. 346, ber. S. 482), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Febr. 1997 (Amtsbl. S. 258)
- das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S.3830), (zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 6. Januar 2004 (BGBl. I S. 2,15))
- das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), (zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 9. September 2001 (BGBl. I S. 2331, 2334))
- das Gesetz zum Schutz des Bodens im Saarland (Saarländisches Bodenschutzgesetz - SBodSchG) vom 20. März 2002 (Amtsbl. des Saarlandes 2002, S. 990),
- das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz - WHG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. August 2002 (BGBl. I S. 3245), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Juni 2005 (BGBl. I S. 1746)
- das Saarländische Wassergesetz (SWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. März 1998 (Amtsbl. des Saarlandes 1998, S. 306), (zuletzt geändert durch Gesetz zur Neufassung vom 30. Juli 2004 (Amtsbl. S. 1994))

## FESTSETZUNGEN GEM. § 9 Abs. 7 BAUGB

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs

siehe Plan

Die Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes "G 501 Grube Götterborn" werden gem. § 1 Abs. 3 i. V. m. § 2 Abs. 4 BauGB im Geltungsbereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes G503 aufgehoben.

## VERFAHRENSVERMERKE

- Der Vorhabenträger, die Industriekultur Saar GmbH, hat mit Schreiben vom 16.06.2005 die Einleitung des Satzungsverfahrens über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan "G 503" beantragt.
- Der Gemeinderat der Gemeinde Quierschied hat am 21.06.2006 die Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "G 503" beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB).
- Der Beschluss, diesen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzustellen, wurde am 23.03.2006 örtlich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Die Behörden wurden mit Schreiben vom 19.10.2005 um Stellungnahme gebeten und zu einem Spöngtermin mit Hinweis auf die erforderlichen Umweltaugaben am 10.11.2005 eingeladen.

Die während der Beteiligung der Behörden eingegangenen Anregungen sowie die Äußerungen im Spöngtermin wurden in die Planung eingestellt.

Der Gemeinderat der Gemeinde Quierschied hat am 21.06.2006 den Entwurf gebilligt und die öffentliche Auslegung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "G 503" (§ 3 Abs. 2 BauGB) beschlossen.

Der Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung, hat in der Zeit vom 03.06.2006 bis einschließlich 05.06.2006 öffentlich ausliegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 23.03.2006 örtlich bekanntgemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Die Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 16.06.2006 von der Auslegung benachrichtigt (§ 3 Abs. 2 BauGB). Ihnen wurde eine Frist bis zum 05.06.2006 zur Stellungnahme eingeräumt.

Während der öffentlichen Auslegung gingen seitens der Bürger Anregungen und Stellungnahmen ein. Die Abwä-

gung der seitens der Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Bedenken und Anregungen erfolgte durch den Gemeinderat am 11.07.2006. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen und Stellungnahmen vorgebracht haben, mit Schreiben vom 11.07.2006 mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).

Es wird bescheinigt, dass die im räumlichen Geltungsbereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans gelegenen Flurstücke hinsichtlich ihrer Grenzen und Bezeichnungen mit dem Liegenschaftskataster übereinstimmen.

Saarbrücken, den \_\_\_\_\_  
Landesamt für Kataster-, Vermessungs- und Kartenwesen - Außenstelle Saarbrücken

Der Gemeinderat hat am 11.07.2006 den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan "G 503" als Satzungsbeschluss (§ 10 Abs. 1 BauGB) der Vorhabenbezogenen Bebauungsplanung besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung (= Vorhaben- und Er-schließungsplan).

Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan wird hiermit als Satzung angefertigt.

Der Gemeinderat der Gemeinde Quierschied hat am 21.06.2006 den Entwurf gebilligt und die öffentliche Auslegung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "G 503" (§ 3 Abs. 2 BauGB) beschlossen.

Der Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung, hat in der Zeit vom 03.06.2006 bis einschließlich 05.06.2006 öffentlich ausliegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 23.03.2006 örtlich bekanntgemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Die Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 16.06.2006 von der Auslegung benachrichtigt (§ 3 Abs. 2 BauGB). Ihnen wurde eine Frist bis zum 05.06.2006 zur Stellungnahme eingeräumt.

Während der öffentlichen Auslegung gingen seitens der Bürger Anregungen und Stellungnahmen ein. Die Abwä-

## HINWEISE

### BAUMPFLANZUNG IM BEREICH DER VERSORGUNGSANLAGEN

Um Beeinträchtigungen der Versorgungsanlagen durch Baumpflanzungen auszuschließen, ist das DVGW-Regelwerk GW 125 "Baumpflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen" zu beachten.

### SCHUTZ UNTERIRDISCHER VER- UND ENTSORGUNGSANLAGEN

Vor der Durchführung von Tiefbaumaßnahmen besteht eine Erkundungspflicht nach vorhandenen Ver- und Entsorgungsleitungen. Die einschlägigen Vorgaben gemäß Kabelschutzanweisung zur Vermeidung von Kabelschäden sind zu beachten.

### ALTER BERGBAU

Das Plangebiet liegt im Gebiet einer ehemaligen Eisenerzkonzession. Aus den Unterlagen des Oberbergamtes für das Saarland und Rheinland-Pfalz geht jedoch nicht hervor, ob in diesem

Bereich Bergbau umgegangen ist. Bei Ausschachtungsarbeiten ist deshalb auf Anzeichen von altem Bergbau zu achten. Eine Baugrubeneinschneidung wird empfohlen.

### MUNITIONSFUNDE

Im Planungsbereich ist nicht mit Fundmunition zu rechnen.

Dennoch wird empfohlen, die Bauarbeiten mit der nötigen Vorsicht durchzuführen.

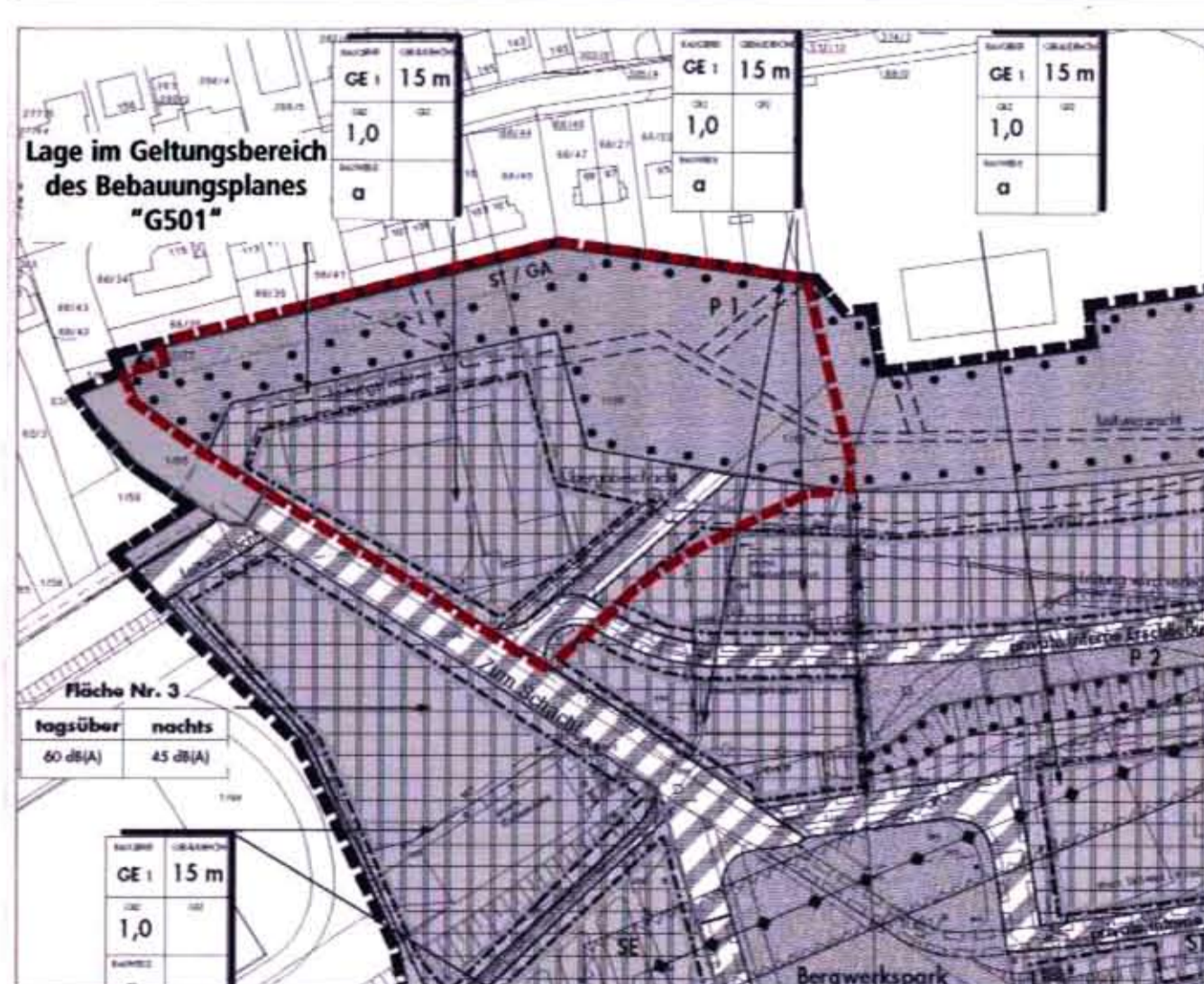
### DENKMALE

Bei Bodenfunden besteht Anzeigepflicht.

### LÄRMSCHUTZ

Während der Bauphase wird eine schalltechnische Bauüberwachung empfohlen.

## VORHABENBEZOGENER BEBAUUNGSPLAN "G 503" IM ORTSTEIL GÖTTELBORN DER GEMEINDE QUIERSCHIED



Bearbeitet im Auftrag der IKS  
Industriekultur Saar GmbH

An der Erstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes waren beteiligt:

Planerstellung:  
Kerplan GmbH

Kirchenstrasse 12  
66557 Illingen

11.07.2006

Verantwortlicher Projektleiter B-Plan  
Dipl.-Ing. Hugo Kern  
Raum- und Umweltplaner, Gesch. ftsf hrr